

Grundsatzklärung
des Vorsitzenden der Fraktion FDP/Bürgerliste, Lars Rettstadt,
zu den Haushaltsberatungen 2013
in der Sitzung des Rates am 20.12.2012
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
 sehr verehrte Mitglieder des Rates,
 sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung,
 liebe Bürger,

ich bedanke mich erstmal ganz herzlich für die gute Arbeit die die Kämmerei geleistet hat - auch wenn die Vorstellung, die ich von einem soliden Haushalt habe, eine andere ist. Aber unter den schwierigen Rahmenbedingungen der sich beinahe täglich ändernden Prognosezahlen und Parameter, hat die Kämmerei eine gute Arbeit geleistet; dafür ein Dankeschön.

Das diesjährige Haushaltsvolumen beträgt ungefähr 1,9 Milliarden Euro. Die mittelfristige Finanzplanung über die nächsten Jahre sieht ein Defizit von weiteren 200 Millionen Euro vor. Aktuell ist es so, dass wir mit einem Defizit von 67,6 Millionen Euro leben müssen, wenn wir den Haushalt so beschließen, wie von Rot-Grün gewünscht. Hinzu kommen Kassenkredite in einer Höhe von 1,7 Milliarden Euro - also der Dispo, den wir auch von zu Hause kennen.

1,7 Milliarden Euro zeigen ganz klar, was rot-grüne Haushaltspolitik bedeutet. Das Ziel dieses Haushaltes ist keine solide Finanzpolitik - auch wenn Frau Reuter etwas anderes behauptet. Das Ziel des Haushaltes ist nicht ein ausgeglichener Haushalt. Auch ist keine langfristige Entschuldigung der Stadt in Sicht. Das Ziel dieses rot-grünen Haushaltes ist einzig und allein, die rot-grüne Verschuldungspolitik des Landes NRW, auf Dortmund zu übertragen. Dieser Haushalt, der von Rot-Grün beschlossen wird, führt die Menschen in dieser Stadt wieder ein Stückchen weiter in die finanzielle Unfreiheit und in die Abhängigkeit von Finanzinstituten und damit langfristig sicher auch in die Haushaltssicherung und damit in die Bevormundung durch Arnsberg.

Wir verbrauchen weiterhin jedes Jahr mehr Geld als wir einnehmen. Begleitet, von vielen Nebelkerzen, Halbwahrheiten und von ineffektivem Aktionismus. Wenn nicht genug Geld da ist, wer hat Schuld? Der Bund. Der Lohn ist mal nicht so gut, wer hat Schuld? Der Bund. Derselbe Bund, der 50 Millionen Euro für Kosten der Unterkunft bezahlt - demnächst steigend. Derselbe Bund, der im Moment 80 Sozialarbeiter an Dortmunder Schulen bezahlt.

Stattdessen gipfelt das Ganze darin, dass das defizitäre Klinikum laut Oberbürgermeister Sie-
 rau auch noch vom Bund gerettet werden soll, obwohl der natürlich weiß, dass Krankenhausfinanzierung anders läuft: Krankenhäuser werden finanziert über die Krankenkassen und über das Land. Hat einer von Ihnen einen Aufschrei von der linken Seite gehört, um Geld von der Landesregierung zur Rettung des Dortmunder Klinikums zu erhalten? Habe ich nicht, Herr Prüsse. Stillschweigen auch, als klar wurde, dass die Landesregierung den Anteil beim LWL von 50:50 auf 20 % runterfährt.

Der Bund hilft auch bei Wiedereingliederungshilfen und ich kann dazu sagen, wir haben unsere Arbeit gemacht. Wir haben für Dortmund unsere Bundestagsabgeordneten aktiviert und dasselbe kann ich genauso von der CDU sagen. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und

versucht, die Gesetze, die Sie damals im Bund gemacht haben, jetzt wenigstens ein bisschen auszugleichen. Soviel zum Thema Ehrlichkeit im Sagen und Handeln.

Zurück zum Haushalt dieser Stadt: jeder Dortmunder Bürger, egal wie alt, hat im Moment 4.190 Euro Schulden. Und wenn das so beschlossen wird, wie von Rot-Grün geplant, müsste jeder Dortmunder am Jahresende, wenn wir einen ausgeglichenen Haushalt haben wollen, ungefähr 116 Euro auf den Tisch legen - was ich eine charmante Variante fände - unterschrieben mit schönen Grüßen von SPD und Grünen.

Warum werden es immer mehr Schulden? Weil gerade die SPD, aber auch Sie Frau Reuter, mit den Grünen, keinen echten Willen zum Sparen haben: erst verbrauchen Sie über Jahre unsere Ausgleichzurücklage von 270 Millionen Euro, als sie noch mit den Roten zusammen waren, Frau Reuter, und jetzt geht es munter an die allgemeine Rücklage. Sie vernichten bewusst städtisches Vermögen. Frau Reuter, wenn Sie die desolate Haushaltslage ansprechen, dann zu Recht. Denn Sie sind zum Großteil schuld daran. Es reicht nur eine kleine Zinsanpassung nach oben bei der europäischen Zentralbank und dieser Haushalt fliegt uns um die Ohren. Was ist mit den strukturellen Problemen? Was ist mit echten Vorschlägen, die Probleme in dieser Stadt zu lösen? Und damit meine ich jetzt nicht die grüne Prosa in Ihren Anträgen, die meistens nicht einmal mit Euros hinterlegt sind.

Ich habe mal ein paar Beispiele rausgesucht, was sich Rot-Grün unter Strukturveränderungen so vorstellt: Beibehaltung des Beschwerdebüros mit fünf Planstellen und 300.000 Euro; für jeden Mitarbeiter ungefähr 3,5 Kontakte pro Tag. Einstellungen von städtischen Putzkräften; das kann man machen, aber auf das Angebot Privater einzugehen, hätte uns im Haushalt vier Millionen Euro gespart. Weitere Unterstützung des Spiegelzelts, obwohl wir genug kulturelle Angebote haben; 100.000 Euro im Jahr. 200.000 Euro für den Medienkustverein obwohl der sich finanziell selbst tragen sollte. Und als Krönung des Ganzen, leistet sich die Stadt im OB-Amt ein Talentbüro für 200.000 Euro; dort arbeiten drei Leute, um für die Stadt Talente zu entdecken.

Änderungen in den Strukturen? Nein. Das Einzige was Ihnen einfällt, ist der Dreh an der Steuerschraube. Das muss ich zugeben, haben die Grünen schon immer gesagt, allerdings ist es ein bisschen scheinheilig, Frau Reuter, heute so zu tun, als wenn Ihnen das schwer fallen würde. Da ist es auch kein Zufall, dass sich SPD und Grüne damit beim Vorschlag der Linken treffen; denn da wächst zusammen, was zusammen gehört.

Das habe ich bei Ihnen weggenommen, Herr Monegel. Aber dass die SPD und vor allem Ernst Prüsse da mitmachen, das wundert mich schon. Sie haben mehrfach gesagt, Herr Prüsse, mit mir keine Gewerbesteuererhöhung. Es zeigt ganz klar, dass man Ihren Worten nicht trauen kann. Und auch die Behauptung im Finanzausschuss und Ihre Aussage `was interessiert mich das Geschwätz von gestern`, spricht für sich selbst. [Auf Zwischenruf von RM Taranczewski: Ich warte immer noch auf die erste Ratssitzung mit einer intelligenten Bemerkung von Ihnen; versuchen Sie einfach heute einmal damit anzufangen.] Lieber Herr Prüsse, so bringt man nicht nur sich selbst, sondern auch alle die hier sitzen, in Misskredit, weil die Glaubwürdigkeit der Politik ein hohes Gut ist. Und dieses hohe Gut haben Sie mit Füßen getreten. Und ich möchte nicht mit Ihnen zusammen in einen Topf geschmissen werden.

Ich stelle jetzt also fest: es gibt in Dortmund nur einen bedingten Zuspruch, der dafür sorgt, dass die Leute, die sich bemühen - bspw. Firmen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen - dass diese Firmen, die nicht unerheblich zur Konsolidierung unseres Haushaltes beitragen, dass genau diese Firmen bestraft werden. Was gibt das für ein Signal in die Dortmunder Wirtschaft, in die Dortmunder Bevölkerung und auch über Dortmund hinaus?

Leistung soll sich lohnen. Aber nur für die, die sich nicht so überanstrengen wollen. Leistung soll sich lohnen, aber nur für die, die nicht den Mut aufbringen, an den richtigen Stellen zu sparen.

Was heißt das denn für zukünftige Ansiedlungen? Glauben Sie denn ernsthaft, eine Firma, ein Unternehmen kommt zu uns, wenn wir annähernd die gleichen Gewerbesteuersätze haben, wie die Kommunen in der Umgebung?

Sie geben mit der Erhöhung der Gewerbesteuer einen klaren Wettbewerbsvorteil, den wir als Standort haben, aus der Hand. Und so gefährden Sie die Dortmunder Wirtschaft, die Dortmunder Arbeitsplätze. Das ist der eigentliche Skandal. Das ist sozialistische Planwirtschaft und das ist Humbug.

Ich hoffe, dass Sie vielleicht doch noch erkennen, dass Gewerbesteuer ein echter Wettbewerbsvorteil ist. Der Dreh an der Gewerbesteuer ist leicht; aber die dadurch verlorenen Arbeitsplätze zurückzugewinnen, ist bedeutend schwieriger.

Sie predigen ein kommunales Arbeitsmarktprogramm aber vollführen in Wirklichkeit ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm. Dieses Arbeitsmarktprogramm reicht weder im Volumen, noch in der Zielsetzung aus, um Menschen eine echte Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu verschaffen. Was Sie veranstalten, ist Sozialismus pur. Umverteilung par excellence und ein weiteres Beispiel dafür, wie man Geld verbrennt.

Meine Fraktion hat schon frühzeitig unsere Haushaltsvorschläge auf den Tisch gelegt. Wir haben im Land dem neuen kommunalen Haushaltsgesetz sowie den daraus resultierenden 12,5 Millionen Euro buchhalterischen Effekten für unseren Haushalt zugestimmt. Der Wille, etwas zu ändern, ist seitens meiner Fraktion ganz klar zu erkennen.

Wir haben zum wiederholten Male die Teilprivatisierung des Klinikums fordert. Und da spreche ich alle Fraktionen an: das Klinikum, über das der OB noch im Sommer sagte: alles wird gut, wir schreiben eine schwarze Null. Jetzt stellt sich heraus, dass doch nicht alles so gut ist. Das Klinikum, das laut Geschäftsbericht weitere 84 Million Schulden hat. Das Klinikum, was immer noch nicht in sicherem Fahrwasser fährt. Hier mache ich Ihnen den Vorwurf, über Jahre hinweg viel zu lange tatenlos zugeschaut zu haben, ohne echte Lösungen zu entwickeln. Dieses Klinikum wird uns und auch den Haushalt dieser Stadt auch in Zukunft beschäftigen. Allerdings steht das jetzt noch nicht in der Haushaltsplanung.

Ausschüttung städtischer Tochter? Ja, gerne mehr. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil unseres Haushaltsantrages.

184 Millionen Euro freiwillige Leistungen in Dortmund. Freiwillige Leistungen sind die, zu denen wir seitens des Landes oder des Bundes nicht verpflichtet sind. Wir haben frühzeitig eine Anfrage hierzu gestellt. Wir wollten genau diese Leistungen aufgeschlüsselt haben. Dazu war die Verwaltung nicht in der Lage. Aber man braucht diese Daten, um genau sagen zu können, welches Projekt womöglich nicht mehr fortgeführt werden kann und an welcher Stelle wir sparen wollen. Das hat uns die Arbeit nicht wirklich erleichtert. Aber wir sind bereit und stehen als Fraktion in der Verantwortung, den Bürgern zu sagen, dass bestimmte Sachen nicht mehr gehen. Und wenn wir ein Schwimmbad in Dortmund haben, das im Jahr nur 6.000 Leute besuchen, dann muss man ernsthafter Weise überlegen, ob es sich noch lohnt, dieses Schwimmbad weiter aufrecht zu erhalten. Leider fanden sich keine Mehrheiten im Finanzausschuss; was nicht verwunderlich ist, da Steuererhöhungen ja einfacher sind.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur CDU verlieren: Herr Monegel, die letzten zwei Jahre haben sie die Haushalte zusammen mit der SPD beschlossen. Auch diese Haushalte waren – mit insgesamt 189 Millionen Euro - defizitär. Ich kann mich gut an die letzten Haushaltsberatung erinnern und knüpfe dort an, wo Sie letztes Jahr aufgehört haben, als Sie zusammen mit Herrn Prüsse im Zug nach Arnsberg gefahren sind. Ich habe Ihnen letztes Jahr schon prophezeit, dass Sie auf dem Abstellgleis landen werden. Und lieber Herr Monegel, allein 80 Haushaltsanträge zu schreiben, führt zu nichts, wenn sie nicht auch umgesetzt werden.

Und auch Ihr Rückzug in den Schmollwinkel hat nicht den gewünschten Effekt erzielt. Denn Ihre alte Liebe hat sich schon nach einem neuen Partner umgesehen. Und ich glaube, die

weinen Ihnen noch nicht einmal eine einzige Träne nach. So, lieber Herr Monegel, wird man an der Nase herumgeführt und es zeigt eins ganz genau: die Genossen hatten nie und nimmer die Absicht, irgendwo zu sparen.

Meine Damen und Herren, ich habe es gerade schon angedeutet: dieser Haushalt hat für mich planwirtschaftlich sozialistische Züge einer Umverteilungspolitik. Dieser Haushalt wird Dortmund nicht weiterbringen.

Dieser Haushalt führt Dortmund und seine Bürger in eine Unfreiheit. Ebenso, wie Sie 150 Dortmunder Eckkneipen im Stich gelassen haben, als Sie im Land dem Nichtraucherschutzgesetz zugestimmt haben. Ebenso, wie Sie städtische Unternehmen gefährden, weil wichtige Projekte demnächst nicht mehr fortgeführt werden können, weil Sie diesen Haushalt beschlossen haben.

Hören Sie auf mit Ihrem Dirigismus und Ihrer rot-grünen Bevormundungspolitik. Setzen Sie mit uns auf die Menschen in dieser Stadt. Setzen Sie auf aufgeklärte Bürger. Denn so lange Sie den Menschen in dieser Stadt nicht vertrauen, so lange wird diese Politik in einem Chaos enden. Diese Politik ist zum Scheitern verurteilt.

Für diesen Haushalt gibt es keine Zustimmung meiner Fraktion.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!